

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege



Stiftungen

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007

Beratung

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007

Krisendienste

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007

Schnittstellen der Jugendhilfe

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007

Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007

Kindertagesstätten

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008

Jugendsozialarbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008

Wohlfahrtsverbände

Produktionsauftrag:

zivilgesellschaftlicher Mehrwert

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008

Islam

Kritische Kooperation erwünscht:
Muslimische Vereine als Partner in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008

Pflegeversicherung

Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft:
Who cares? Wie Unterstützung und Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus?

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008

Corporate Citizenship

Gute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements

Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung

Die Zukunft der Kommune: weniger, älter, bunter

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung

Wissen generieren für die Theorie und

für die Praxis Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz

Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht

Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus

Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz

Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsbewertung

Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung

Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehren

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz

»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz

Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance

Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care

Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge

Kommunen zwischen Haushaltksolidierung und ihren Aufgaben als Koordinator lokaler Arrangements

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung

Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement

Partizipation als Gewinn für alle

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen

Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix

So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Person – Milieu – Sozialraum

Das Quartier als Milieu der Dienste und des Engagements

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012

Versorgung gestalten

Vom Zusammenwirken von Professionen, Diensten und Nutzern

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012

Beratung in der Sozialen Arbeit

Querschnittsaufgabe und spezialisiertes Arbeitsfeld

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012

Lebensqualität

Eine über Wachstum und Wohlstand hinausgehende gesellschaftliche Leitidee

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Steuerung in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Soziale Freiwilligendienste

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2012

Pflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2013

Wohnen in Bewegung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2013

Personal in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2013

Orte früher Bildung

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2013

Europäische Union

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2013

Schule und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2013

Finanzierung Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2014

Dienste am Arbeitsmarkt

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2014

Soziale Medien und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2014

Freiwilliges Engagement

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2014

Der Jahresbezugspreis beträgt 79,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 41,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 18,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden.

Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427,
E-Mail Nomos@nomos.de, Internet
<http://www.nomos.de>

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Arbeitsgruppe zum Bundesteilhabegesetz nimmt Arbeit auf

Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe zum Bundesteilhabegesetz hat Mitte Juli 2014 in Berlin stattgefunden. Geleitet wird die Arbeitsgruppe von der Parlamentarischen Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 begrenzt; berücksichtigt wurden Vertreter der Verbände von Menschen mit Behinderungen (13 Personen), der Bundesländer (Bayern, Bremen, Hamburg, Rheinland Pfalz, Saarland), der Kommunalen Spitzenverbände (3 Personen), der Sozialversicherungen, der Sozialpartner, der Kultusministerkonferenz und der Bundesregierung. Die Freie Wohlfahrtspflege ist mit zwei Teilnehmern vertreten, nämlich dem Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Vorstandsvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, Wolfgang Stadler, und dem Generalsekretär der Deutschen Caritas, Prof. Dr. Georg Cremer. Nach den Vorstellungen des Bundessozialministeriums soll das Gremium in neun Sitzungen schwerpunktmäßig die inhaltlichen Fragen wie den leistungsberechtigten Personenkreis, die Teilhabe am Arbeitsleben, die medizinische Rehabilitation sowie die Kinder- und Jugendhilfe behandeln.

www.bmas.de

Neues Bundesjugendkuratorium berufen

Die Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat im Namen der Bundesregierung 15 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Forschung und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe zu Mitgliedern des Bundesjugendkuratoriums für die 18. Legislaturperiode berufen: Doris Beneke (Foto; Diakonie Deutschland), Prof. Dr. Karin Böllert (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe), Mike Corsa (Arbeitsgemeinschaft der

Evangelischen Jugend in Deutschland), Manuel Gellenthin (ver.di Jugend Nord), Norbert Hocke (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Prof. Dr. Helga Kelle (Universität Bielefeld), Prof. Dr. Nadia Kutscher (Universität Vechta), Uwe Lübking (Deutscher Städte- und Gemeindebund), Lisi Maier (Deutscher Bundesjugendring), Reiner Prölß (Stadt Nürnberg), Nora Schmidt (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge), Aylin Selcuk (DeuKische Generation, ein deutsch-türkischer Jugendverein in Berlin), Prof. Dr. Heike Solga (Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin), Manfred Walhorn (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen) und Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt (Hochschule Magdeburg-Stendal). Das Bundesjugendkuratorium wird in seiner Arbeit durch eine Arbeitsstelle am Deutschen Jugendinstitut unterstützt.

www.bmfsfi.de

Sozialhilfe für Menschen mit Behinderung

Das Bundessozialgericht hat sich gegen die Benachteiligung pflegebedürftiger und behinderter Menschen bei der Sozialhilfe gestellt und die Rechte von Menschen mit Behinderung gestärkt. Das Gericht entschied in einem neuen Urteil, dass die Leistungshöhe nicht von der individuellen Leistungsfähigkeit abhängen dürfe. Somit erhalten volljährige behinderte Menschen, die bei ihren Eltern oder in einer Wohngemeinschaft leben, Sozialhilfe entsprechend der Regelbedarfsstufe 1 (100 %). In der Praxis überwog bislang die Praxis, den behinderten Menschen lediglich die Regelstufe 3 (80 %) zuzubilligen. Nur wenn kein gemeinsamer Ablauf im Zusammenleben festzustellen ist, so die Richter, kann angenommen werden, eine Person führe keinen eigenen Haushalt (dann 80 %). Die Beweislast liegt dann aber beim Sozialhilfeträger.

Az: B 8 SO 14/13 R, B 8 SO 31/12 R, B 8 SO 12/13 R

»Mythos Ausländerkriminalität«

Seit mehr als 30 Jahren kommen kriminologische und sozialwissenschaftliche Untersuchungen auf das gleiche Ergebnis: Eine erhöhte Kriminalität von Migranten gibt es nicht, so der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in einer Presseerklärung. Erst kürzlich habe das Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Münster belegt, Kriminalität könne nicht primär herkunftsspezifisch erklärt werden. Es gebe keinen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kriminalität, erklärte AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker. Migrantinnen und Migranten würden immer noch als das Andere und das Fremde wahrgenommen und ihnen werde auch das Abweichende nur allzu leicht zugeschrieben.

www.awo.org

»Konvivenz schaffen«

Diakoniefachleute aus lutherischen Kirchen in Europa haben eine Drei-Jahres-Strategie vorgelegt, die Konvivenz, die Kunst und Praxis des Zusammenlebens von Menschen, als umfassendes Konzept auf die europäische Gemeinwesenarbeit anwendet. Angesichts der Herausforderungen, die sich in Europa stellen – Migration, Globalisierung und Armut – und mit Blick auf die Planungen zum 500. Reformationsjubiläum 2017 in den Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes stellt der Bericht neue Ansätze zur Gemeinwesendiakonie vor. Trotz der Vielfalt in Europa stehen die in der Diakonie tätigen Menschen überall vor ähnlichen Herausforderungen, etwa im Hinblick auf wirtschaftliche Probleme oder im Ringen um Gerechtigkeit. Das Konzept der Konvivenz stellt die Menschen an der Basis in den Mittelpunkt, die befähigt werden, sich selbst zu Akteurinnen und Akteuren der Diakonie zu entwickeln. Die 52-seitige Broschüre »Konvivenz schaffen. Zur Gestaltung von Gemeinwesendiakonie in Europa«

steht auch in deutscher Sprache im Internet zum Herunterladen zur Verfügung.
www.lutheranworld.org

Projekt »Papierstau« hilft Antragstellern

Die Caritas Mülheim an der Ruhr hat das Projekt »Papierstau« gestartet. Es soll Menschen beim Schriftverkehr mit Behörden und Einrichtungen zur Seite stehen, indem Familien und Einzelpersonen mit Ehrenamtlichen zusammengebracht werden, die beim Antragstellen und Unterlagensichten helfen können. Die Ehrenamtlichen sollen auch Orientierung geben im Behördenschungel und versuchen, das Behördendeutsch zu erklären. Gegebenenfalls können sie auch den Antragssteller zur Behörde begleiten. Die Ehrenamtlichen machen dabei keine Rechtsberatung und handeln auch nicht stellvertretend für die Familien. Das Projekt Papierstau wird gefördert durch die Glücksspirale.
www.caritas-muelheim.de

Neues Verzeichnis der Rehabilitationswissenschaftler

REHADAT hat die umfassend aktualisierte Ausgabe des Verzeichnisses der Rehabilitationswissenschaftler und Rehabilitationswissenschaftlerinnen in Deutschland veröffentlicht. Die 22. Auflage kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden. Das Verzeichnis listet die Forscher und Forscherinnen auf und gibt einen Überblick, wer sich mit welchen Themen beschäftigt. Dabei wurde erneut auf die Anwendung der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) Bezug genommen. REHADAT ist ein Projekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und wird gefördert vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

[\(Rubrik Rehawissenschaftler\)](http://www.rehadat-forschung.de)

Leitfaden zur Projektgestaltung bei Neubau und Modernisierung

Viele Einrichtungen der stationären Altenhilfe planen umfassende Modernisierungs- oder Neubaumaßnahmen. Bauplanung und Finanzierungsgestaltung müssen dabei aufeinander abgestimmt sein. Die Diakonie Rheinland-

Westfalen-Lippe, die CURACON Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und die Bank für Kirche und Diakonie haben gemeinsam einen Leitfaden herausgegeben, der Betreiber von Pflegeeinrichtungen bei Investitionsprojekten unterstützen soll. Die drei Organisationen haben sich bereits vor zwei Jahren zu einem »Runden Tisch Altenhilfe« vereinbart, der viermal im Jahr tagen soll. Erste gemeinsame Projekte waren die Durchführung einer Fachtagung zum Thema Finanzierung und nun die Herausgabe des Leitfadens.

www.diakonie-rwl.de
www.curacon.de
www.KD-BANK.de

Formulierungshilfe für die Praxis



Verfahren der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) und in der Sozialhilfe (SGB XII) erlangen in der Sozialen Arbeit immer mehr Bedeutung und kosten die Fachkräfte oft viel Zeit. Das neue Formularbuch will diesen Teil der Fallbearbeitung im Existenzsicherungsrecht erleichtern. Aus ihrer richterlichen Praxis heraus arbeiten die Autoren anhand häufig anzutreffender Lebenslagen konkrete Arbeitshilfen und Schriftsätze aus und zwar unter Berücksichtigung sowohl der Gesetzeslage als auch der aktuellen Rechtsprechung. Durchgängig werden alle wichtigen Aspekte der besprochenen Materie behandelt und die Darlegungen durch Musteranträge oder Formulierungshilfen begleitet..

Christian Schneider, Sebastian Herbst, Kathrin Braune:

Formulierungshilfen für die sozialrechtliche Praxis. SGB II, SGB XII, Verfahren. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. 458 Seiten. 49,- Euro. ISBN 978-3-8487-0581-8.

Förderkriterien zum Quartiersmanagement

Die Stiftung Deutsches Hilfswerk stellt dem Kuratorium Deutsche Altershilfe finanzielle Mittel zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden neue Wege in der Altenhilfe initiiert und unterstützt. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe hat nun umfangreiche Handreichungen zur Entwicklung von Quartiersprojekten im Rahmen erarbeitet. Dabei handelt es sich um Ausführungen und Hintergrundinformationen zur Förderung einer Quartiersentwicklung durch das Deutsche Hilfswerk sowie Informationen zu Ist-Analysen im Quartier und zum Projektmanagement. Die Hinweise stehen auf der Website des Deutschen Hilfswerks zum Herunterladen zur Verfügung.
www.fernsehlotterie.de

Handreichung zu Schweigepflichtentbindung

Eine neue Arbeitshilfe der Diakonie stellt das Spannungsverhältnis zwischen der Vertraulichkeit von Hilfebeziehungen und Organisationserfordernissen in den Mittelpunkt. Ratsuchende Menschen, so die Verfasser, erwarten ein Höchstmaß an Vertraulichkeit, wenn sie diakonische Hilfe in Anspruch nähmen. Andererseits kämen fachliche Vernetzung und die Refinanzierung der Arbeit nicht ohne die Weitergabe von Informationen aus. Verschwiegenheitspflichten bewirkten, dass in erster Linie die ratsuchende Person, die Patientin oder der Patient darüber zu entscheiden hätten, ob und wenn ja welche Details welche Außenstehenden erfahren dürften. Das Mittel, um dies klarzustellen, sei eine Schweigepflichtentbindung. Die Arbeitshilfe »Diakonie-Text 02.2014« will bei der Formulierung von Schweigepflichtentbindungen und beim verantwortungsvollen Umgang mit den in der Beratung anvertrauten persönlichen Informationen unterstützen. Die zwölfseitige Broschüre kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden.

www.diakonie.de

»Produzentenstolz« in der Pflege

Etwa 90 Prozent der Pflegenden sind stolz auf ihren Beruf. Doch die Mehrheit vermisst die entsprechende Wertschätzung in und außerhalb der Klinik.

Insbesondere in den Beziehungen zur Pflegedienstleitung und zu den Ärzten herrsche das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Derartige Defizite belasten die Motivation und letztlich auch die eigene Gesundheit der Pflegenden. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie von Dr. Barbara Hinding und Kollegen von der Universität Heidelberg. Zwischen der Erfahrung von Wertschätzung auf der Ebene der Organisationskultur und den Wertschätzungs-Erfahrungen Pflegender auf den anderen Ebenen gibt es nach Erkenntnissen der Forscher klare Zusammenhänge. Je geringer die Wertschätzung auf der Organisationsebene, desto geringer ist auch die Wertschätzung in der Abteilung, durch die direkten Vorgesetzten und im Team. Auch die Wertschätzung durch Patienten ist dadurch betroffen. Je geringer die Wertschätzung auf den Ebenen der Organisation, der Abteilung und des Teams, desto geringer ist auch die Wertschätzung durch Patienten. Hier schließt sich der Kreislauf. Das Ergebnis spricht für eine Wirkungsschlaufe, welche die Gesellschaft, die Organisation und auch die Patienten umfasst. Gelingt es künftig nicht, die ungünstige Entwicklung aufzubrechen, drohe der Pflege auf Dauer eine Entwertungsspirale, die einen weiteren Imageverlust, ausleibenden Nachwuchs, Arbeitsunzufriedenheit, Berufswechsel, Krankheit und Frühverrentung mit sich bringe. Die Studie wurde inzwischen als Buch veröffentlicht.

Barbara Hinding, Michael Kastner (Hg.) Produzentenstolz durch Wertschätzung. Ansatzpunkte zur Förderung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit in Pflegeberufen. Pabst Science Publishers, Lengerich. 2013. 200 Seiten. 20,- Euro. ISBN 978-3-89967-874-1.

Viele Obdachlose leiden an psychischen Störungen

Die sogenannte »Seewolf-Studie« untersuchte den psychischen und körperlichen Gesundheitszustand wohnungsloser Menschen im Großraum München. Neben der Häufigkeit, der Art und dem Ausmaß psychischer und körperlicher Erkrankungen wurde erstmals in Deutschland auch die kognitive Leistungsfähigkeit wohnungsloser Menschen ausführlicher untersucht,

Termine

Umgang mit Widerstand in Arbeitsbeziehungen. 3. und 4. November 2014 in Berlin. www.akademie.org

Irre verständlich: Umgang mit Menschen mit Persönlichkeitsstörung. 3. und 4. November 2014 in Köln. www.btz-koeln.de

Phänomen Trauma als Herausforderung für die Sozialarbeit. 3. bis 6. November 2014 in Herzogenrath. www.caritas-akademie.de

Lösungsorientierte Beratung. 5. und 6. November 2014 in Duisburg. www.agpr-rheinland.de

Grundlagenseminar: Anleitung von Praktikantinnen und Praktikanten. 10. und 11. November 2014 in Berlin. www.akademie.org

Gemeinwesenarbeit als Marketing »below the line«: Kontakte im Gemeinwesen erfolgreich nutzen. 11. November 2014 in Stuttgart. www.wohlfahrtswerk.de

Umgang mit Demotivation und kontraproduktivem Arbeitsverhalten. 17. November 2014 in Berlin. www.bfs-service.de

Forum Schule und Erziehungshilfe. 18. bis 21. November 2014 in Eppingen-Kleingartach. www.erev.de

Betriebswirtschaft für Nichtkaufleute. 20. und 21. November 2014 in Hannover. www.stephansstift.de

Ressourcenorientierung: Wie gesund sind psychisch erkrankte Menschen? 21. und 22. November 2014 in Hannover. www.dgsp-ev.de

Forum Sozialplanung. 24. bis 26. November 2014 in Hannover. www.deutscher-verein.de

Gewusst wie: Kommunikation und Selbstbehauptung für Frauen in Leitung. 25. November 2014 in Frankfurt am Main. www.awo-frankfurt.com/dienste-angebote/fort-und-weiterbildungsinstitut/das-fwia.html

Moderation von Konflikten. 25. bis 27. November 2014 in Münster. www.fh-muenster.de

Neuausrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. 27. und 28. November 2014 in Berlin. www.fachtagungen-jugendhilfe.de

Rekonstruktive Wissensbildung. Historische und gegenwärtige Perspektiven einer gegenstandsbezogenen Theorie der Sozialen Arbeit. 27. bis 29. November 2014 in Münster. <http://dgsainfo.de>

Eingliederungshilfe nach §35a SGB VIII als Aufgabe des Jugendamtes. 1. und 2. Dezember 2014 in Essen. www.luettringhaus.info

Betriebswirtschaft in Non-Profit-Organisationen. 1. bis 3. Dezember 2014 in Essen. www.kath-akademie.de

Systemisches Arbeiten in Zwangskontexten: Geschickte Klientinnen und Klienten geschickt beraten. 2. bis 5. Dezember 2014 in Herzogenrath (bei Aachen). www.caritas-akademie.de

Bedarfserhebung und Hilfeplanung (nach dem Verfahren »Gestaltung der Betreuung von Menschen mit Behinderung«). 1. bis 4. Dezember 2014 in Rothenburg. www.bundeskademie-kd.de

Älter werden im Beruf. Herausforderungen meistern durch Ressourcenorientierung. 10. und 11. Dezember 2014 in Mönchengladbach. www.hephata.de

Selbst-bewusste Kommunikation. Kommunikationstraining für Beraterinnen und Berater nach Marshall B. Rosenberg. 9. bis 11. Februar 2015 in Mainz. www.kfh-mainz.de

»Achtsamkeit« in der Beratung. 9. bis 11. Februar 2015 in München. www.ibpro.de

Persönliches Budget. Umsetzung in die Praxis vom Antrag bis zur Zahlung: was Leistungsträger wissen sollten. 25. bis 27. Februar 2015 in Berlin. <http://kbw.de>

Vorschau 2015: Tradition und Innovation. 9. Kongress der Sozialwirtschaft. 16. und 17. April 2015 in Magdeburg. www.sozkon.de

Vorschau 2015: 80. Deutscher Fürsorgetag. 16 bis 18. Juni 2015 in Leipzig. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. www.deutscher-verein.de

die einen möglicherweise limitierenden, eventuell aber auch bedeutsamen förderlichen Faktor bei der Bewältigung und Überwindung von Wohnungslosigkeit darstellt. Darüber hinaus wurden umfangreiche Daten zur Krankheits- und Behandlungsgeschichte sowie zur Lebensgeschichte allgemein sowie zur Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnsituation in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe erfasst. In der Studie kam es u. a. zu folgenden Ergebnissen der Befragungen:

- 13 Prozent der Befragten waren schon als Kinder oder Jugendliche in psychiatrischer Behandlung. 42 Prozent gaben an, in dieser Zeit bereits auffällig gewesen zu sein.
- Bei 14 Prozent diagnostizierten die Forscher schizophrene Erkrankungen. Der Durchschnittswert in der Bevölkerung liegt bei einem Prozent.
- Ebenfalls bei 14 Prozent wurde eine Borderline-Störung diagnostiziert.
- 40 Prozent litten an einer Depression.
- 20 Prozent litten an Angsterkrankungen.

- 80 Prozent waren abhängig, meistens von Alkohol. Dieser werde aber häufig mit der Absicht getrunken, mit den Auswirkungen der psychischen Erkrankungen besser zurechtkommen.
- 16 Prozent hatten schon versucht, sich das Leben zu nehmen.
- Bei drei Vierteln der Befragten wurde ein aktueller Bedarf für eine psychiatrische Behandlung gesehen; eine entsprechende Therapie erhalten viele jedoch nicht.
- 29 Prozent nehmen Psychopharmaka.
- 27 % sehen allerdings nicht ein, dass sie krank sind.

Daraus ergeben sich Konsequenzen, wie die Verbesserung der psychiatrischen Betreuung psychisch schwer kranker Menschen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und die vorrangige Schaffung einer Wohnform, die Schutzraum bietet. Langfristige Fürsorge und Unterstützung seien Voraussetzung für notwendige Therapie und Behandlung. Die Befragten beurteilten die derzeit von ihnen bewohnte Einrichtung insgesamt, ihr eigenes Zimmer darin, die vorhandenen Gemein-

schaftsräume, das Essen, die Mitbewohner und die professionellen Betreuer auf einer jeweils 6-stufigen Notenskala von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) und vergaben dabei jeweils überwiegend die Noten 1 bis 3, wobei die Note 1 am häufigsten für die Zufriedenheit mit den professionellen Betreuern (46,1 % aller diesbezüglichen Beurteilungen) gegeben wurde, am seltensten für die Zufriedenheit mit den Mitbewohnern (18,0 % aller diesbezüglichen Beurteilungen). Das eigene Zimmer wurde im Mittel deutlich positiver beurteilt als die Einrichtung insgesamt, die Gemeinschaftsräume und das Essen. Die Studie soll später veröffentlicht werden; bereits jetzt ist eine Zusammenfassung auf der Webseite des Informationsdienstes Wissenschaft kostenlos abrufbar.

www.idw-online.de/de/attachmentdata37253.pdf

Neue Broschüre zum Jugendschutz

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat eine Broschüre zum Thema Jugendschutz

E-Mail aus Troyes



Morose Stimmung in der französischen Provinz

Wie jedes Frühjahr habe ich den Kofferraum vollgepackt mit abgelegten Winterkleidern, ausrangiertem Spielzeug und Büchern, um damit zum «Foyer Aubois» zu fahren. Foyer kann im Deutschen viele Bedeutungen haben – ursprünglich ist die Feuerstelle gemeint; ich fahre aber heute zum «Wohnheim des Département Aube». Dabei handelt es sich um eine 1962 gegründete, gemeinnützige Vereinigung, die sich um die soziale Wiedereingliederung von Alkoholikern kümmert. Dazu sollte ich vielleicht erklären, dass ich in Troyes – etwa 170 km südöstlich von Paris – lebe; eine Stadt, die bis weit in die 1980er Jahre eines der größten Zentren der Textilindustrie in Frankreich war. Weltbekannte Marken wie Lacoste und Petit Bateau haben hier immer noch ihren Firmensitz, allerdings sind die über hunderttausend Arbeitsplätze, die die Textilindustrie bereitstellte, bis auf wenige Hundert nach und nach verschwunden. Zurück blieb eine Stadt, die mit dieser Entwicklung heute noch kämpft. Die Arbeitslosigkeit im Département

liegt seit Jahren über dem Landesdurchschnitt, besonders die Jugendlichen finden hier nach der Schule kaum feste Anstellungen. Stadt und Region blieben natürlich nicht untätig, alle Bemühungen in Sachen Industrieansiedlung wurden jedoch durch die in Frankreich immer noch andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich erschwert.

Und das kann ich auch bei meinem Besuch im »Wohnheim« sehen: Die Probleme nehmen eher zu - als ab. Während ich vor fünf Jahren hier von wenigen Arbeitern der Vereinigung begrüßt wurde, weiß ich heute gar nicht, an wen ich mich wenden muss, um mein Auto vor dem richtigen Lagerhaus zu parken. So viele Menschen habe ich hier noch nie angetroffen. Im Verwaltungsgebäude bestätigt mir die Leiterin des Wohnheims, dass sie auch 2014 wieder weit mehr Antragsteller für einen Wohnheimplatz oder eine Beschäftigung habe und die Kapazitäten eigentlich verdoppelt werden müssten.

Angesichts der Sparzwänge, vor denen die französischen Gemeinden und Landkreise in den kommenden Jahren stehen, wird dies wohl kaum möglich sein.

Karin Foistner

Karin Foistner ist Wirtschaftswissenschaftlerin und lebt mit ihrer Familie seit 2004 in Frankreich.

Bisher erschienen in der E-Mail-Reihe aktuelle Stimmungsberichte von Ulrike Hummel-Beck aus Pretoria (Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2013), von Katrin Liebelt aus Thessaloniki (Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2014), von Su Hyeon Kim aus München (Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2014), von Hanna Meuß-Dold aus Athen (Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2014), von Esther Namitala aus Uganda (Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2014), von Antonia Zimmermann aus Tel Aviv (Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2014) und von Katja Hummel aus Sarajevo (Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2014).

herausgeben. In ihr werden auf 50 Seiten übersichtlich und verständlich unter anderem die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes, insbesondere zu Alkoholabgabe und Alkoholkonsum, zum Rauchen und zur Tabakabgabe, zum Aufenthalt in Gaststätten und zum Besuch von Tanzveranstaltungen, Kino oder Spielhallen zusammengefasst. Weiteres Thema ist der Jugendschutz in den Medien. Die Publikation richtet sich sowohl an Eltern wie auch an ehrenamtliche und professionelle Helfer, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. www.bmfsfj.de

Sanktionen ohne Hilfe sind rechtswidrig

Die wiederholte Verhängung von Sanktionen durch das Jobcenter gegen eine psychisch behinderte Hartz-IV-Empfängerin ist unverhältnismäßig, wenn besondere Betreuungsleistungen erforderlich sind. Dies hat das Sozialgericht Dresden in einem neuen Gerichtsbescheid entschieden und acht Sanktionsbescheide aufgehoben. Die 36 Jahre alte Klägerin arbeitete in einem geschützten Arbeitsbereich, bevor sie arbeitslos wurde. Eine psychische Behinderung wurde festgestellt. Zu Meldeterminen des Jobcenters erschien sie nicht mehr. Innerhalb von fünf Monaten lud das Jobcenter sie achtmal zu sogenannten Meldeterminen ein. Nachdem die Klägerin den Einladungen nicht nachgekommen war, verhängte das Jobcenter Sanktionen. Dadurch wurde die Regelleistung jeweils für drei Monate um zehn Prozent gemindert. Das Sozialgericht hat alle acht Sanktionsbescheide aufgehoben. Die Meldeaufforderungen seien unverhältnismäßig gewesen. Sie ließen ein einzelfallbezogenes Krisen- und Konfliktmanagement vermissen. In Anbetracht der psychischen Behinderung der Klägerin seien besondere Betreuungs- und Unterstützungsleistungen geboten gewesen. Diese seien im Verwaltungsverfahren aber ausgeblieben.

Az.: S 12 AS 3729/13

Sieben Tipps für Fördermittelanträge

Das Webportal für Ehrenamtliche in Kirche und Diakonie »gemeindemenschen.de« bietet ein kurzes Informationsblatt mit allgemeinen Hinweisen zum Stellen von Förderanträgen zum Herunterladen

an. Die sieben Tipps sollen insbesondere Einstiegern und ehrenamtlich Verantwortlichen zeigen, wie Förderprogramme von Bund, Ländern und Europäischer Union funktionieren und was alles beachtet werden muss, wenn eine Antragstellung in Angriff genommen werden soll. www.gemeindemenschen.de
(Suchbegriff: Fördermittelantrag)

Keine Herausgabe von Identitätsdaten eines Informanten

Jugendämter müssen Unterlagen über anonyme Beschuldigungen nicht an die Polizei weitergeben. Die sozialrechtlichen Regelungen zur Übermittlung von Sozialdaten seien auch im Strafverfahren zu berücksichtigen und stünden der Beschlagnahme von Akten entgegen, so das Landgericht Köln in einem neuen Beschluss. Der Fall: Ein Jugendamt erhielt eine anonyme E-Mail, in der Eltern beschuldigt wurden, ihr Kind nicht zu füttern. Außerdem wurde der Vorwurf erhoben, sie hätten es geschüttelt und geschlagen, sodass eine Untersuchung im Krankenhaus erforderlich gewesen wäre. Die E-Mail-Adresse bestand aus einem Phantasienamen. Die Eltern erstatteten daraufhin Anzeige gegen Unbekannt. Die Polizei verlangte vom Jugendamt die Herausgabe eines Ausdrucks der E-Mail und deren Headers, die Stadt kam dieser Aufforderung jedoch nicht nach. Daraufhin ordnete das Amtsgericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft unter anderem die Beschlagnahme der Jugendamtsakte der Eltern an, in der die E-Mails enthalten waren. Die Stadt gab die Akte heraus, er hob zugleich aber Beschwerde gegen den Beschluss des Amtsgerichts. Das Landgericht hat der Beschwerde nun stattgegeben. Die Voraussetzungen für eine Beschlagnahme hätten nicht vorgelegen. Selbst die aus einem Phantasienamen bestehende E-Mail-Adresse sei ein Sozialdatum, da die dahinterstehende Person bestimmbar sei. Die Übermittlung der Daten könne nur nach § 65 Abs. 1 Nr. 5 SGB VIII gerechtfertigt sein. Danach ist die Übermittlung erlaubt, wenn eine nach § 203 Abs. 1 oder 3 StGB der Schweigepflicht unterliegende Person zur Weitergabe der Daten befugt wäre. Die Rechtfertigung der Weitergabe könne sich auch aus der Abwägung widerstreitender Pflichten oder Interessen ergeben. Nach Auffassung des Gerichts war die Stadt danach nicht zur Herausgabe der

Jugendamtsakte verpflichtet. Das Interesse des Jugendamtes, ihr übermittelte Informationen grundsätzlich nicht weitergeben zu müssen, überwiege das Strafverfolgungsinteresse und die Belange der Eltern. Nur so sei sichergestellt, dass das Vertrauen der Personen, die sich an das Jugendamt wenden, nicht erschüttert werde und die berechtigten Belange der Jugendhilfe nicht gefährdet würden. Anvertraute Daten im Sinne von § 65 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII, zu denen auch Hinweise von Informanten zählten, seien im Jugendhilferecht auch dann geheim zu halten, wenn ausreichende Anhaltpunkte für die Annahme vorlägen, der Informant habe wider besseren Wissens in der Absicht gehandelt, den Ruf eines anderen zu schädigen oder leichtfertig falsche Informationen angegeben.

Az.: 111 Qs 255/13

Berufsgenossenschaft startet »BGW mobil«



Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) hat in einem Pilotprojekt eine »mobile Beratungsstelle« gestartet, die bis März 2016 bundesweit rund 220 Kindertagesstätten des Arbeiter-Samariter-Bundes anfahren und die Erzieher über Mitarbeitergesundheit aufklären soll. Der sogenannte »BGW mobil« besteht aus einem Lastwagen, der mit einem Aktions- und Besprechungsraum ausgestattet ist. An Bord ist eine Gesundheitspädagogin, die ASB-Erzieherinnen und ASB-Erzieher vor Ort über berufsbedingte Gesundheitsrisiken und deren Prävention aufklären wird. Im direkten Kontakt können Tipps und Wissen vermittelt sowie individuelle Anstöße für die Mitarbeitergesundheit gegeben werden. Bei den Beratungen kann es beispielsweise um Belastungen für den Rücken und durch Lärm gehen. Auch stimmschonendes Arbeiten und der richtige Umgang mit Infektionsrisiken werden besprochen. www.bgw-online.de

Neue Normen zur Messung von sozialem Nutzen von sozialwirtschaftlichen Unternehmen

Die EU-Kommission hat neue Normen gebilligt, die es sozialwirtschaftliche Unternehmen ermöglichen sollen, ihren sozialen Nutzen zu messen und darzustellen. Die Standards der Sachverständigengruppe Soziales Unternehmertum (GECES) der Kommission sollen insbesondere in zwei Zusammenhängen Verwendung finden. Zum einen sollen sie zur Entwicklung von Fonds für Soziales Unternehmertum (EuFSUs) beitragen, in dem die zusätzlichen Kriterien die Sozialfonds-Manager bei der Entscheidung unterstützen, ob sie in ein Unternehmen investieren möchten. Des Weiteren sollen die Unternehmen mithilfe der Normen leichter an EU-Fördergelder aus dem Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) gelangen. Die Normen sehen die Messung der sozialen Auswirkungen in fünf Phasen vor, die von Fall zu Fall an die Gegebenheiten der unterschiedlichen sozialwirtschaftlichen Unternehmen angepasst werden sollen:

- Input: welche Mittel werden für die Maßnahme gebraucht?
- Aktivität: Wofür werden die Mittel von dem sozialwirtschaftlichem Unternehmen eingesetzt?
- Output: Inwieweit erreichen die Aktivitäten die beabsichtigten Begünstigten?
- Ergebnis: Welche Veränderungen sind in dem Leben der Begünstigten und anderer Personen zu beobachten?
- Auswirkung: Inwieweit sind diese Veränderungen auf die ergriffenen Maßnahmen zurückzuführen?

Die Notwendigkeit von verbindlichen Normen zur Messung des sozialen Nutzens ergibt sich Sicht der EU-Kommission insbesondere durch das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation, aus dem sozialwirtschaftliche Unternehmen nur dann Unterstützung erhalten, wenn sie messbare positive soziale und gesellschaftliche Wirkungen nachweisen können. Ebenso müssen Verträge, die innerhalb des Europäischen Fonds für Soziales Unternehmertum geschlossen werden, eine Abschätzung der sozialen Folgen enthalten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-696_en.htm

Kennzahlen

»Das Teuflische an den Zahlen ist, dass sie so einfach sind.«

Hans Magnus Enzensberger, deutscher Schriftsteller (geb. 1929)

112.350

Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die im Jahre 2013 in Deutschland eingebürgert wurden

53.466

Zahl der Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren in Deutschland (Stand 1. März 2014)

23

Anteil in Prozent der Studierenden in Deutschland mit einem »Migrationshintergrund«
(Studierende mit im Ausland geborenen Elternteil)

1.333

Zahl der Fälle, in denen in München das Jugendamt wegen Vernachlässigung Minderjähriger in Familien im Jahre 2012 einschreiten musste

452.592

Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Diakonie in Deutschland
(Stand 1. Januar 2010)

32.996

Durchschnittliche Schulden in Euro von Ratsuchenden in Schuldnerberatungsstellen in Deutschland im Jahr 2013

1.159.000

Zahl der Pensionärinnen und Pensionäre des öffentlichen Dienstes zu Beginn des Jahres 2014